

Es ist durchaus flächendeckend und umfassend so, dass man sich nicht rechtzeitig auf entsprechende Systematiken vorbereitet hat. Aufgrund der Dezentralität, aber auch der Struktur obliegt dies den jeweiligen Ressorts hier in Bremen.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Motschmann** (CDU): Darf ich Ihren Worten entnehmen, dass der Senat im Vorfeld keine Initiative ergriffen hat, die genauen Kosten und auch die Mehrkosten für Bremen zu errechnen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Joachim: Das dürfen Sie so werten.

(Abg. Frau Motschmann [CDU]: Vielen Dank, Herr Staatsrat!)

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage der Abgeordneten Frau Vogt! - Bitte sehr!

Abg. Frau **Vogt** (DIE LINKE): Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, dass eine Evaluation erfolgen soll. Nun haben aber schon diverse Kommunen angekündigt, dass sie genau in diesem Bereich Nachjustierungsbedarf sehen. Wenn es sich dorthin entwickelt, würde sich Bremen dann solchen Initiativen anschließen, oder sehen Sie das eher kritisch?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Joachim: Es ist immer schwierig zu beantworten, was wäre, wenn! Gleichwohl muss man feststellen, dass eine Grundlage für eine solche Auseinandersetzung überhaupt das flächendeckende Vorliegen valider Daten ist. Entsprechende Ausführungen wurden auch nach den Gesprächen von einzelnen Sendern, ARD und ZDF, mit dem Landkreisverband und dem Deutschen Städtetag getätigt. Wenn entsprechende Aufbereitungen vorhanden sind, dann muss man sie sich im Zuge der Evaluation anschauen. Man muss allerdings auch darauf achten, dass dadurch keine Ungleichgewichte entstehen, beispielsweise mit dem kommerziellen Bereich, der ja durchaus von dem neuen Beitragsmodell betroffen ist.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die neunte Anfrage trägt die Überschrift „**Un-sachgemäßes Ausbringen von Streusalz ahnden**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Ab-

geordneten Frau Dr. Schaefer, Fecker, Dr. Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Frau Dr. Schaefer!

Abg. Frau **Dr. Schaefer** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie viele Verstöße gegen Paragraph 41 Absatz 6 des Bremischen Landesstraßengesetzes wurden der Umweltbehörde, dem Stadtamt oder der Polizei bis zum 15. Februar 2013 gemeldet, und wie oft wurden entsprechend Bußgelder verhängt?

Zweitens: Wie kann zukünftig gewährleistet werden, dass gerade Gehwegreinigungsfirmen nicht mehr unsachgemäß Streusalz ausbringen beziehungsweise eine Kontrolle effizienter erfolgt?

Drittens: Wie viel Streusalz wurde auf den Straßen in Bremen von den Streudiensten bis zum 15. Februar 2013 ausgebracht?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Dr. Lohse.

Senator Dr. Lohse: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Für die Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten aufgrund von Verstößen gegen die oben benannten Vorschriften ist das Stadtamt zuständig. Dem Stadtamt wurden 22 Verstöße gegen das Streusalzverbot gemäß Paragraph 41 Absatz 6 BremLStrG angezeigt, wobei sich die überwiegende Anzahl auf zwei Bürgersteigreinigungsfirmen bezog. Gegen beide Unternehmen wurden Ordnungswidrigkeitsverfahren eingeleitet. In der Leitstelle „Saubere Stadt“ des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr sind in der laufenden Saison circa zehn Beschwerden zu dem Thema aufgelaufen und an das Stadtamt weitergeleitet worden.

Zu Frage 2: Der Senat erwartet einerseits eine präventive Wirkung durch ein konsequenteres Verhängen von Bußgeldern, andererseits ist bereits eine umfassende Information der Öffentlichkeit erfolgt, die anlassbezogen wiederholt wird. Eine gezielte Überwachung des Streusalzverbots durch Außenkontrollen durch das Stadtamt und die Polizei ist nicht durchführbar.

Zu Frage 3: Für die laufende Saison liegen noch keine Zahlen vor. Der durchschnittliche Verbrauch der Dienstleister Amt für Straßen und Verkehr, Bremer Straßenbahn AG, Entsorgung Nord GmbH und Umweltbetrieb Bremen je Wintersaison liegt bei circa 4 500 Tonnen. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Schaefer** (Bündnis 90/Die Grünen): Wie wird sich der Senat zukünftig dafür einsetzen, dass das Stadtamt jeden gemeldeten Verstoß gegen das Streusalzverbot ahndet?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Lohse: Im Moment laufen bestimmte Reorganisationsprozesse im Stadtamt aufgrund von Überlastungserscheinungen in der Vergangenheit, die meines Wissens bis zum März dauern werden. Deswegen gab es eine gewisse Vereinbarung, das Stadtamt im Moment nicht ständig mit neuen Aufgaben zu belasten. Ich denke aber, bis zur nächsten Wintersaison sollten wir auf jeden Fall so weit sein, dass wir zumindest den Verstößen, die gemeldet werden, so konsequent nachgehen, dass es dann auch entsprechende Ordnungswidrigkeitsbescheide gibt.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Schaefer** (Bündnis 90/Die Grünen): Diejenigen, die sich immer wieder auch an uns wenden und sich über das unsachgemäße Ausbringen von Streusalz beschweren, sind zum einen Hundebesitzer, aber es sind auch Menschen, die sich natürlich Gedanken über die Schäden an Bäumen machen. Können Sie einen Betrag schätzen, wie hoch die durchschnittliche Schadenshöhe in den letzten Jahren aufgrund des Ausbringens von Streusalz gewesen ist?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Lohse: Es ist richtig, dass gerade der Schutz der Straßenbäume ein ganz wesentlicher Grund dafür ist, dass die Verwendung von Streusalz verboten ist, das wird ja in Paragraf 41 Absatz 6 explizit angesprochen. Die Schäden an Bäumen sind auch schon einmal Gegenstand einer Deputationsvorlage gewesen, wobei die Schwierigkeit ist, dass Schäden, wenn sie eintreten, in der Regel nicht monokausal sind. Das heißt, ein Baum, der irgendwann eingeht, dessen Blätter braun werden und dergleichen, kann verschiedenen Stressfaktoren ausgesetzt gewesen sein, die dazu beigetragen haben. Deswegen ist es nicht ohne Weiteres möglich, es auf einen Faktor, auf das Streusalz, zurückzuführen. Ich gehe aber davon aus, dass diese Schäden durchaus nennenswert sind.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Saffe! - Bitte sehr!

Abg. **Saffe** (Bündnis 90/Die Grünen): Ich gehöre zu den Bürgern, die seit Jahren beobachten, wie jedes Jahr immer wieder Salz gestreut wird, obwohl in den Medien immer wieder darauf hingewiesen wird, dass es verboten und schädlich für die Bäume ist und dass es für die Hunde auch nicht gut ist. Ich habe trotz freundlicher Anrufe bei der Firma Hirsch, der Bremer Gehwegreinigung und wie auch immer sie alle heißen, nicht das Gefühl, dass sie das ernst nehmen. Ich bin auch mehrfach zum Polizeirevier gegangen und wollte Anzeige erstatten. Dort kam ich mir vor wie ein kleiner Junge, den man nicht ernst nimmt. Man hat mir dort gesagt, man nähme diese Anzeige nicht auf. Ist es der Polizei überhaupt gestattet, die Aufnahme einer Anzeige abzulehnen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Lohse: In dieser Frage bin ich, offen gestanden, überfragt und müsste sie an den Herrn Innensenator weitergeben. Von der Wichtigkeit der Kriminalfälle, die wir in Bremen haben, gibt es, glaube ich, andere Dinge, die den Bürgerinnen und Bürgern im Moment mehr Sorgen machen. Auch angesichts der Personalsituation muss die Polizei natürlich schauen, wie sie mit diesen Dingen umgeht.

Ich glaube auch nicht, dass der Weg einer Anzeige bei der Polizei unbedingt richtig ist. Ich glaube aber - das haben wir soeben schon angesprochen -, wenn Sie dem Stadtamt eine solche Ordnungswidrigkeit anzeigen, dass die Verfolgung in konsequenter Weise mit Bußgeldbescheiden, die dann vielleicht auch ein bisschen höher ausfallen müssen, damit sie ernst genommen werden, der Weg ist, wie wir hier hoffentlich in Zukunft weiterkommen.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die zehnte Anfrage befasst sich mit dem Thema „**Touristische Privatübernachtungen**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Werner, Saxe, Dr. Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Herr Abgeordneter Werner!

Abg. **Werner** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie hoch ist die Anzahl touristischer Privatübernachtungen in Bremen, und wie wird sie ermittelt?